

PRESSEINFORMATION 30/2026

IHK-Blitzumfrage: Nahostkonflikt trifft Südwest-Wirtschaft – BWIHK: 85 Prozent der befragten Unternehmen tangiert

Steigende Fracht- und Transportkosten schlagen derzeit besonders zu Buche

Stuttgart, 21. April 2026 – Die Eskalation im Nahen Osten trifft die Wirtschaft direkt: Die Mehrheit der Unternehmen im Südwesten berichtet bereits von spürbaren Folgen. Das zeigt eine aktuelle IHK-Blitzumfrage, an der zwischen dem 13. und 15. April 2026 fast 400 Unternehmen in Baden-Württemberg teilgenommen haben. Demnach sehen sich 85 Prozent der befragten Betriebe im Land branchenübergreifend durch den Konflikt beeinträchtigt.

Besonders deutlich schlagen steigende Fracht- und Transportkosten zu Buche: Mehr als 60 Prozent der Unternehmen berichten von Belastungen, in Industrie (75 Prozent) und Handel (78 Prozent) sogar eine klare Mehrheit.

Ein Beispiel: Ein 20-Fuß-Container von China nach Deutschland kostet demnach aktuell 2.100 Euro. Vor dem Nahost-Konflikt waren es 1.800 Euro. Zwar verläuft die zentrale Handelsroute zwischen China und Europa nicht durch die Straße von Hormus – die Spannungen in der Region erhöhen jedoch die Energiekosten, verknappen die Kapazitäten und treiben damit die Transportpreise für die Unternehmen in die Höhe.

„Die Zahlen zeigen: Geopolitische Krisen wirken direkt und indirekt in die Lieferketten und Kostenstrukturen unserer Unternehmen hinein“, sagt Claus Paal, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK). „Gerade für eine exportorientierte Wirtschaft wie Baden-Württemberg sind stabile Handelswege essenziell.“

Lieferengpässe sind nach den Ergebnissen der Umfrage derzeit noch weniger stark ausgeprägt – doch die Risiken bleiben hoch. In der Industrie berichtet bereits rund jedes zweite Unternehmen (43 Prozent) von Einschränkungen. „Engpässe entstehen oft an ganz anderer Stelle der Wertschöpfungskette und breiten sich dann schnell aus“, so Paal. „Das haben wir in den vergangenen Jahren schmerzhaft gelernt – etwa bei Halbleitern.“

Auch steigende Preise setzen die Unternehmen unter Druck: In der Industrie melden 46 Prozent Preissteigerungen. Gleichzeitig lassen sich diese Kosten für viele Betriebe nicht ohne Weiteres auf Kunden überwälzen, etwa aufgrund langfristiger Verträge. Anders im Verkehrs-

sektor: Hier haben laut Umfrage rund 73 Prozent der Unternehmen ihre Preise bereits angepasst – auch, weil sie überdurchschnittlich stark und unmittelbar von den gestiegenen Mineralölpreisen betroffen sind.

Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist groß – und prägt zunehmend das wirtschaftliche Handeln. 34 Prozent der Industrieunternehmen bauen vorsorglich ihre Lagerbestände aus, 63 Prozent intensivieren ihr Risikomanagement. Zugleich stellen 35 Prozent Projekte oder Investitionen vorerst zurück. „Die Unternehmen fahren auf Sicht“, sagt Paal. „Was wir jetzt brauchen, sind verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und eine klare Unterstützung für offene Handelswege. Wenn sich die Lage weiter zuspitzt, drohen zusätzliche Belastungen für Produktion, Preise und Beschäftigung – das können wir uns wirtschaftlich derzeit nicht leisten.“

Hintergrund zur Umfrage:

Grundlage für die Ergebnisse ist eine Befragung der DIHK und der IHKs bei ihren Ausschussmitgliedern. Im Zeitraum vom 13. bis 15. April 2026 haben sich bundesweit 2.400 Unternehmen beteiligt, in Baden-Württemberg waren es 372.

Claus Paal ist BWIHK-Vizepräsident und Präsident der IHK Region Stuttgart. Die IHK ist im BWIHK federführend für die Volkswirtschaft.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Volkswirtschaft
IHK Region Stuttgart
Franziska Stavenhagen
Telefon 0711 2005 1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.